

Resolution des SPÖ-Bundespartei Vorstandes vom 13.4.2023

„Die SPÖ steht an der Seite der ukrainischen Bevölkerung und verurteilt den russischen Angriffskrieg auf das Schärfste“

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriff auf einen souveränen europäischen Staat. Die SPÖ verurteilt diese Aggression auf das Schärfste. Seit dem Einmarsch russischer Truppen am 24. Februar 2022 in die Ukraine hat die SPÖ immer wieder unmissverständlich klargestellt, dass sie für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine eintritt.

Für die SPÖ ist die Neutralität ein wichtiger Teil des österreichischen Selbstverständnisses. Und gerade weil Österreich neutral ist, gerade weil Wien einer der Amtssitze der Vereinten Nationen ist, hat die Verteidigung des Völkerrechts für uns einen besonders hohen Stellenwert. Russland tritt mit diesem Krieg die Prinzipien der Zusammenarbeit und der Völkerverständigung mit Füßen. Neutralität bedeutet für uns, nicht zu schweigen, wenn Unrecht geschieht. Neutralität bedeutet auch, nicht gleichgültig zu sein, wenn es um Werte und Prinzipien geht.

Österreichs Platz in der Welt ist klar: Wir sind Teil der freien, westlichen Welt. Und als überzeugtes Mitglied der Europäischen Union bestimmen Demokratie und Freiheit unsere globale Positionierung.

Wir haben allerhöchsten Respekt vor dem Willen der ukrainischen Bevölkerung, ihr Land zu verteidigen und sich nicht Putins autoritärem Regime zu unterwerfen. Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Deshalb unterstützen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Ukraine und ihre Bevölkerung so lange dies notwendig ist. Kriegsverbrechen müssen lückenlos aufgeklärt werden. Sanktionen gegen Russland waren und sind dabei ein wichtiges und effektives Mittel.

Für die Menschen in der Ukraine bedeutet der Krieg großes Leid und Entbehrungen. Die zivile Infrastruktur – von Wasser bis Strom – wird von Russland gezielt angegriffen und damit werden Lebensgrundlagen zerstört. Das Land braucht ein ambitioniertes Wiederaufbauprogramm, das auf einem festen demokratischen und rechtsstaatlichen Fundament steht. Wir werden diese Aufbauarbeit unterstützen, wo wir können und dabei auch eng mit unseren sozialdemokratischen Partner*innen und den Gewerkschaften in der Ukraine zusammenarbeiten.

Langfristiges Ziel muss ein dauerhafter, gerechter Frieden sein. Bis dahin ist es ein schwieriger Weg, der große Anstrengungen erfordert und das Offenhalten von Gesprächskanälen notwendig macht.